



**Europäisches Medienrecht –
der NEWSLETTER**

Institut für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR), Saarbrücken/Brüssel

**Ausgabe 5/2015
11. Jahrgang**

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

mit der vorliegenden fünften Ausgabe des Newsletters im Jahr 2015 wollen wir Ihnen, den Mitgliedern, Förderern und Partnern des EMR wie gewohnt eine Vielzahl von Kurzberichten über relevante Entwicklungen des Medienrechts in Europa zur Verfügung stellen.

Auf folgende Inhalte der aktuellen Ausgabe möchten wir Sie besonders aufmerksam machen:

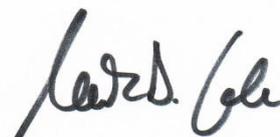
- Das Urteil des **EuGH** zur **Verletzung** des ausschließlichen **Verbreitungsrechts** durch **Werbung**,
- das Urteil des **EuG** zur **Markeneintragung** von **Skype**,
- das Urteil des **AG Charlottenburg** zur **Haftung** von **Freifunkern**,
- der **Gesetzesentwurf** zur Wiedereinführung der **Vorratsdatenspeicherung**,
- das Urteil des **schweizerischen Bundesgerichts** zur Frage, ob der **Facebook-Freundeskreis** die **Bevölkerung** ist,
- das in **Großbritannien** eingeführte **Gesetz** zur **Straffreistellung** von **Hacking** für **Strafverfolgungsbehörden**,
- das Urteil des US-amerikanischen Court of Appeal zum **NSA-Programm**

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre der ausgewählten Beiträge.

Das Direktorium des EMR



Prof. Dr. Stephan Ory
(Direktor)



Prof. Dr. Mark D. Cole
(Wissenschaftlicher Direktor)



Peter Matzneller, LL.M. Eur.
(Geschäftsführer)

Inhalt:

EU: WERBUNG FÜR EIN GESCHÜTZTES WERK VERLETZT DAS AUSSCHLIEßLICHE VERBREITUNGSRECHT DES URHEBERS	4
EU: KEINE MARKENEINTRAGUNG VON SKYPE	5
DE: BGH ZUR ZULÄSSIGKEIT DER „TAGESSCHAU-APP“	6
DE: BGH BEJAHT WETTBEWERBSWIDRIGE BEHINDERUNG DURCH ADWORDS-BLOCKADE ..	7
DE: BGH ZUR ZULÄSSIGKEIT DER ÜBERNAHME KURZER MUSIKSEQUENZEN	8
DE: VGH KASSEL ERKLÄRT AUFSICHTSMAßNAHME GEGEN „BIG BROTHER“-SENDUNG FÜR UNZULÄSSIG	9
DE: OLG KARLSRUHE ZUR ZULÄSSIGKEIT IDENTIFIZIERENDER BERICHTERSTATTUNG ÜBER EIN STAATSANWALTSCHAFTLICHES ERMITTLUNGSVERFAHREN	10
DE: ERSCHÖPFUNGSGRUNDSATZ FINDET LAUT OLG HAMBURG KEINE ANWENDUNG AUF E-BOOKS.....	11
DE: OLG KÖLN BESTÄTIGT DAS VERBOT DER NUTZUNG VON ZITATEN EINES EHEMALIGEN BUNDESKANZLERS.....	12
DE: LAUT AG CHARLOTTENBURG SIND FREIFUNKER ACCESS-PROVIDER HAFTUNGSPRIVILEGIERT	13
DE: VG HAMBURG VERNEINT ANSPRUCH AUF UNENTGELTLICHE VERBREITUNG VON „MUST CARRY“-PROGRAMMEN.....	14
DE: VORRATSDATENSPEICHERUNG IM GESETZGEBUNGSVERFAHREN	15
AL: PUBLIC BROADCASTER SIGNS CONTRACT ON BUILDING DIGITAL NETWORKS	17
AL: PARLIAMENT VOTES TO COMPLETE THE STEERING COUNCIL OF PUBLIC BROADCASTER.....	18
BG: CEM'S REPORT OF THE MONITORING OF THE TELEVISION CHANNEL PRESS TV.....	19
BG: VERGABE VON GENEHMIGUNGEN AN MULTIPLEXBETREIBER LAUT EUGH EUROPARECHTSWIDRIG.....	20
CH: FACEBOOK-FREUNDESKREIS IST NICHT DIE „BEVÖLKERUNG“	22
ES: SPANISCHE RUNDFUNKAUFSICHTSBEHÖRDE STELLT VERSTÖßE GEGEN WERBEVORSCHRIFTEN FEST	23
LT: DRAFT LAW ON AMENDMENTS TO THE LAW ON THE PROVISION OF INFORMATION TO THE PUBLIC PREPARED.....	24
ME: PBS IN SEARCH FOR STABLE FINANCING.....	26
RO: MODIFICATION OF THE AUDIOVISUAL LAW REJECTED.....	27
RO: MODIFICATION OF THE PBS LAW REJECTED	28
SK: COMPLAINT FOR BREACH OF THE LANGUAGE ACT DISMISSED	29
SK: THE SLOVAK ADVERTISING STANDARDS COUNCIL ACCEPTS COMPARATIVE ADVERTISING	30
SK: COMPLAINT AGAINST TV AD ON SEXUAL NUTRITION PRODUCT DISMISSED.....	31
UK: HACKING IN GROßBRITANNIEN FÜR STRAFVERFOLGER UND GCHQ MÖGLICHERWEISE STRAFLOS	32
US: COURT OF APPEALS RULES NSA PROGRAM ILLEGAL	33
US: BEST PRACTICES FOR REPORTING CYBER INCIDENTS	34
UZ: NEUES E-COMMERCE GESETZ VERABSCHIEDET	35

EU: Werbung für ein geschütztes Werk verletzt das ausschließliche Verbreitungsrecht des Urhebers

Der EuGH hat mit U. v. 13.05.2015 (Rs.: C-516/13) entschieden, dass das Bewerben eines geschützten Werkes auch ohne einen erfolgten Verkauf bereits in das ausschließliche Verbreitungsrecht des Urhebers eingreift. Der EuGH führte diesbezüglich aus, dass ein Händler, der geschützte Werke oder Vervielfältigungsstücke in den Verkehr bringt und Verbraucher in dem Mitgliedstaat, in dem die Werke geschützt sind, zum Erwerb dieser Werke aufgefordert, ohne Inhaber des Urheberrechts zu sein, das ausschließliche Verbreitungsrecht des Urhebers gem. Art. 4 Abs. 1 der Richtlinie 2001/29 verletzt. Für die Feststellung einer Verletzung des Verbreitungsrechts sei es unerheblich, ob aufgrund der Werbung tatsächlich eine Übertragung des Eigentums an dem geschützten Werk oder seinen Vervielfältigungsstücken erfolgt sei.

Im Ausgangsfall bot eine beschränkt haftende Gesellschaft europaweit Nachahmungen und Fälschungen von urheberrechtlich geschützten Designermöbeln im Direktvertrieb auf ihrer deutschsprachigen Internetseite, sowie in verschiedenen Tageszeitungen und Zeitschriften an. Die Rechteinhaberin, eine Unternehmensgruppe, welche diese urheberrechtlich geschützten Möbel herstellt und weltweit verkauft, klagte zunächst beim Landgericht Hamburg auf Unterlassung dieser Werbung und machte eine Verletzung ihrer Rechte aus § 17 Abs. 1 UrhG geltend.

Das Landgericht Hamburg gab der Klage statt, auf die eingelegte Berufung bestätigte das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg das erstinstanzliche Urteil, woraufhin die Beklagte Revision beim Bundesgerichtshof einlegte. Der Bundesgerichtshof stellte fest, dass der Erfolg des Rechtsmittels von der Auslegung des Art. 4 Abs. 1 der Richtlinie 2001/29/EG und insbesondere von der Frage abhängt, ob das in dieser Bestimmung vorgesehene Verbreitungsrecht das Recht umfasst, das Original oder Vervielfältigungsstücke des geschützten Werkes der Öffentlichkeit zum Erwerb anzubieten. Diese Frage führe bei einer Bejahung zu der Folgefrage, ob das Recht, das Original des Werkes oder Vervielfältigungsstücke der Öffentlichkeit zum Erwerb anzubieten, auch das ausschließliche Recht umfasse, diese Gegenstände zu bewerben, und weiterhin, ob das Verbreitungsrecht auch dann verletzt sei, wenn es aufgrund des Angebots nicht zum Erwerb eines solchen Originals oder solcher Vervielfältigungsstücke kommt. Der BGH setzte das Verfahren aus und legte die Fragen dem EuGH im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens vor.

Der EuGH stellte fest, dass die öffentliche Verbreitung durch eine Reihe von Handlungen gekennzeichnet ist, die zumindest vom Abschluss eines Kaufvertrags bis zu dessen Erfüllung durch die Lieferung an ein Mitglied der Öffentlichkeit reicht. Es sei nicht ausgeschlossen, dass dem Abschluss des Kaufvertrags vorangehende Geschäfte oder Handlungen ebenfalls unter den Verbreitungsbegriff fallen und somit ausschließlich den Inhabern des Urheberrechts vorbehalten sind. Als eine solche Handlung sei auch ein den Erklärenden bindendes Angebot zum Abschluss eines Kaufvertrages oder auch eine zu nichts verpflichtende Werbung anzusehen, da ein solches Angebot seinem Wesen nach eine dem Zustandekommen des Kaufgeschäfts vorgelagerte Handlung darstelle.

Das Urteil des EuGH ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=164262&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=61621>

Katrin Welker

DE: BGH zur Zulässigkeit der „Tagesschau-App“

Der BGH hat mit U. v. 30.4.2015 entschieden, dass die „Tagesschau-App“ unzulässig sein kann, wenn ihr Angebot in seiner Gesamtheit als presseähnlich einzustufen ist (Az.: I ZR 13/14). Ob im Falle der App ein Verstoß gegen das Verbot nichtsendungsbezogener presseähnlicher Angebote aus § 11d Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 RStV gegeben ist, wird nunmehr vom Berufungsgericht, dem OLG Köln, zu prüfen sein, an das der Rechtsstreit zurückverwiesen wurde.

Seit Ende 2010 bieten ARD und NDR die Anwendung „Tagesschau-App“ an, die den Zugriff auf das Angebot des Portals „tagesschau.de“ über mobile Endgeräte ermöglicht, welches Audiodateien, Bilder, Texte, und Videobeiträge beinhaltet. Die klagenden Zeitungsverlage machten sowohl gegen die ARD als auch gegen den NDR Unterlassungsansprüche hinsichtlich des Angebots der Anwendung vom 15.6.2011 geltend, das sie für wettbewerbswidrig halten. Nach Ansicht der Kläger verstieß das Angebot gegen den als Marktverhaltensregel i.S.d. § 4 Nr. 11 UWG einzustufenden § 11d Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 RStV. Nach dieser Bestimmung sind nichtsendungsbezogene presseähnliche Angebote in Telemedien unzulässig.

Das OLG Köln hatte als Berufungsgericht mit Urteil vom 20.12.2013 festgestellt, dass das Angebot unter „tagesschau.de“ im Wege des „Drei-Stufen-Tests“ als nicht presseähnlich eingestuft und von der Staatskanzlei Niedersachsen freigegeben worden sei. Die Wettbewerbsgerichte könnten von dieser rechtlichen Beurteilung nicht abweichen (6 U 188/12). Ein etwaiger Verstoß der Beklagten gegen § 11d Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 RStV begründe daher keine wettbewerbsrechtlichen Ansprüche.

Der BGH entschied nun, dass das OLG Köln die gegen die ARD gerichtete Unterlassungsklage im Ergebnis zu Recht abgewiesen habe, da die ARD ein nicht rechtsfähiger Zusammenschluss von Rundfunkanstalten und die Klage insoweit unzulässig sei. In Bezug auf die Klage gegen den NDR gab der BGH der Revision gegen das Urteil des OLG Köln jedoch statt. Die Presseähnlichkeit der App vom 15.6.2011 sei gerichtlich überprüfbar. Die Freigabe des Konzepts des Portals „tagesschau.de“ entfalte keine Bindungswirkung für die Wettbewerbsgerichte. Die Freigabe habe sich lediglich auf das Grundkonzept bezogen und nicht etwa auf seine Umsetzung im konkreten Einzelfall. Das Verbot nichtsendungsbezogener presseähnlicher Angebote im RStV stelle eine Marktverhaltensregelung gem. § 4 Nr. 11 UWG dar, die auch dem Zweck diene, Presseverlage durch eine Begrenzung der Betätigung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten im Internet zu schützen. Aus einem Verstoß gegen dieses Verbot könnten insofern durchaus wettbewerbsrechtliche Ansprüche aufseiten der Verlage entstehen.

Der BGH hat den Rechtsstreit an das OLG Köln daher zurückverwiesen. Dem Berufungsgericht obliegt es nun, zu überprüfen, ob die „Tagesschau-App“ in ihrer konkreten Form vom 15.6.2011 als presseähnlich einzustufen ist. Der BGH stellte klar, dass hierfür nicht die einzelnen Beiträge, sondern die Presseähnlichkeit des über die App erreichbaren Angebots unter „tagesschau.de“ in der Gesamtheit seiner nichtsendungsbezogenen Beiträge zum konkreten Datum entscheidend ist. Ein Indiz hierfür könne insbesondere gegeben sein, wenn Textbeiträge einen deutlichen Schwerpunkt des Angebots bildeten.

Die Pressemitteilung des BGH ist abrufbar unter:

<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&sid=1beab3da990a2e65621f07419556e15f&anz=1&pos=0&nr=70959&linked=pm&Blank=1>

Tobias Raab

DE: BGH bejaht wettbewerbswidrige Behinderung durch AdWords-Blockade

Der BGH hat mit U.v. 12.3.2015 entschieden, dass die Verhinderung einer zulässigen AdWords-Anzeige durch den Markeninhaber eine wettbewerbswidrige Behinderung darstellt (Az.: I ZR 188/13). Im vorliegenden Fall hatte ein Uhrenhändler mit den Aussagen „Ankauf: Rolex Armbanduhren“ oder „Ankauf: Rolex-Uhr dringend gesucht“ werben wollen. Aufgrund einer allgemeinen Markenbeschwerde der Inhaberin der Marke „Rolex“, die Anzeigen mit dem Text „Rolex“ verhinderte, verweigerte Google die Veröffentlichung der o.g. Anzeigen. Nachdem der Uhrenhändler die Markeninhaberin erfolglos um eine Freigabe der Anzeige gebeten hatte, klagte er die begehrte Freigabe ein und führte hierbei aus, dass durch die Ablehnung der Freigabe eine gezielte Behinderung nach § 4 Nr. 10 UWG vorliege.

Der BGH gab der Klage statt und bejahte einen Anspruch des Klägers auf Freigabe der Anzeige. Zwar stelle es ein legitimes Anliegen der Markeninhaberin dar, die unberechtigte Nutzung der Marke „Rolex“ zu unterbinden, das Einlegen der Markenbeschwerde an sich sei insofern noch keine Behinderung. Da allerdings im konkreten Fall kein berechtigtes Interesse vorliege, die Anzeige zu unterbinden, sei die Verweigerung der Freigabe eine gezielte Behinderung des Klägers. Eine Markenverletzung sei nicht gegeben und scheitere insbesondere am Erschöpfungsgrundsatz nach § 13 GMV (Gemeinschaftsmarkenverordnung), der eine Weitergabe von Produkten unter Verwendung der Marke dann erlaube, wenn diese zuvor mit Zustimmung der Inhaberin der Marke in den Verkehr gebracht wurden. Ferner lagen nach dem Dafürhalten des Gerichts auch die übrigen Voraussetzungen einer gezielten Behinderung vor, da der Kläger durch die Verweigerung der Freigabe daran gehindert werde, gezielt über Adwords bei Google für den Ankauf gebrauchter Rolex-Uhren zu werben, was in Anbetracht seines Sortiments für ihn von hervorgehobenem kaufmännischem Interesse sei. Ferner entspreche es dem schützenswerten Interesse der Verbraucher, sich online über die Möglichkeit des Ankaufs konkreter Markenuhren zu informieren, wobei Adwords-Anzeigen eine wichtige Rolle einnehmen.

In einem gegenteilig gelagerten Fall hat das OLG Hamburg mit U.v. 20.01.2015 entschieden, dass die Verwendung einer fremden Marke als „Keyword“ in einer AdWords-Anzeige unzulässig ist, sofern die Anzeige nicht erkennbar darauf hinweist, dass der Werbende nicht Inhaber der betroffenen Marke ist (Az.: 5 U 271/11).

Im konkreten Fall wurde die Marke „Parship“ durch einen unter www.partnersuche.de tätigen Wettbewerber des Partnervermittlungsportals verwendet, worin das Gericht eine Beeinträchtigung der Herkunftsfunktion der Marke und hierdurch auch eine Verletzung der Rechte des Markeninhabers sah. Den Einwand des Beklagten, dass er nicht mehr nachvollziehen könne, ob die fremde Marke, hier also „Parship“, wirklich als Keyword in der Google AdWords-Anzeige gebucht worden sei, wies das Gericht zurück. Eine solche Behauptung sei prozessual unzulässig, da es um Handlungen und Wahrnehmungen des Beklagten gehe, deren Beurteilung und Kenntnis der Klägerin unmöglich sei.

Die Entscheidung des BGH ist abrufbar unter:

<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&nr=70827&pos=0&anz=1>

Das Urteil des OLG Hamburg ist abrufbar unter

<http://openjur.de/u/765517.html>

Tobias Raab

DE: BGH zur Zulässigkeit der Übernahme kurzer Musiksequenzen

Mit U. v. 16.04.2015 (Az.: I ZR 225/12) hat der BGH festgestellt, dass das Vorliegen der für den urheberrechtlichen Schutz erforderlichen geistigen Schöpfungshöhe bei kurzen Musiksequenzen durch das Gericht nicht ohne Hilfe eines Sachverständigen angenommen werden darf.

Im zugrundeliegenden Rechtsstreit behaupten die Kläger – eine französische Musikgruppe –, der Beklagte – ein deutscher Musiker – habe auf mehreren von ihm veröffentlichten Musikstücken Originalaufnahmen der Kläger verwendet. Es handele sich um durchschnittlich zehn Sekunden andauernde Musikabschnitte, die elektronisch kopiert worden seien. Sie würden als sich ständig wiederholende Tonschleife in den Musikstücken des Beklagten verwendet.

Die Kläger fühlten sich in ihren Urheberrechten verletzt und erhoben Klage auf Unterlassung und auf Zahlung einer Entschädigung. Das LG Hamburg gab der Klage statt. Die Berufung des Klägers hat das OLG Hamburg überwiegend zurückgewiesen.

Der BGH verwies den Rechtsstreit zur erneuten Verhandlung zurück an das OLG Hamburg. Es sei nicht ersichtlich, aufgrund welcher objektiver Merkmale das Gericht vom Vorliegen der erforderlichen Schöpfungshöhe ausgegangen sei. Ob die streitgegenständlichen Musiksequenzen über ein routinemäßiges Schaffen hinausgingen, sei mit Hilfe eines Sachverständigen zu bestimmen.

Die Pressemitteilung des Bundesgerichtshof ist abrufbar unter:

<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2015&Sort=3&nr=70807&pos=2&anz=65>

Ass. iur. Gianna Iacino

DE: VGH Kassel erklärt Aufsichtsmaßnahme gegen „Big Brother“-Sendung für unzulässig

Mit U. v. 7.5.2015 (Az.: 8 A 254/14) hat der Verwaltungsgerichtshof Kassel entschieden, dass die Aufsichtsmaßnahme der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) gegen die Ausstrahlung einer Folge der Sendung "Big Brother" rechtswidrig ist.

Die LPR Hessen hatte eine Tageszusammenfassung von „Big Brother“ als entwicklungsbeeinträchtigend für Kinder und Jugendliche eingestuft und daher gegenüber dem Sender RTL 2 angeordnet, eine Ausstrahlung der entsprechenden Sendung zwischen 19.00 und 20.00 Uhr zukünftig zu unterlassen.

Gegen die Aufsichtsmaßnahme der Landesmedienanstalt klagte RTL 2.

Der VGH Kassel stellte fest, dass es sich bei der „Big Brother“-Sendung um ein Format handelt, das durch seine Aktualität charakterisiert ist, und demzufolge als nicht vorlagefähige Sendung einzustufen ist. Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) sieht bei nicht vorlagefähigen Sendungen gem. § 20 Abs. 3 Satz 2 JMStV vor, dass die Landesmedienanstalt eine Entscheidung einer anerkannten Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle herbeiführt.

Nach Ansicht des Gerichts stehe dies einem Einschreiten der Landesmedienanstalt als Aufsichtshindernis entgegen.

Der VGH Kassel hob somit den Aufsichtsbescheid der Hessischen Landesanstalt mit sämtlichen darin getroffenen Aufsichtsmaßnahmen auf und ließ die Revision gegen das Urteil zu.

Die Pressemitteilung des VGH Kassel ist abrufbar unter:

https://vgh-kassel-jus-tiz.hessen.de/irj/VGH_Kassel_Internet?rid=HMdJ_15/VGH_Kassel_Internet/sub/197/1970ca2d-cd22-d417-9cda-a2b417c0cf46,,,11111111-2222-3333-4444-100000005003%252526overview=true.htm

Cristina Bachmeier, LL.M.

DE: OLG Karlsruhe zur Zulässigkeit identifizierender Berichterstattung über ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren

Mit U.v. 02.02.2015 (Az.: 6 U 130/14) hat das OLG Karlsruhe entschieden, dass das Informationsinteresse der Öffentlichkeit eine wahrscheinliche Identifizierbarkeit eines Beschuldigten durch Berichterstattung rechtfertigt.

Der Kläger betreibt eine Zahnarztpraxis in der Stadt A., die er auf seiner Internetseite vorstellt. Der Beklagte ist ein Zeitungsverlag, der im Jahr 2014 mehrere Medienberichte über ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung gegen einen „in A. praktizierenden Zahnarzt“ veröffentlichte. Der Arzt stand unter Verdacht, bei 35 Patienten Zähne gezogen und durch Implantate ersetzt zu haben, „ohne dass dies in diesem Umfang medizinisch indiziert gewesen sein soll“. Außerdem gab der Beklagte weitere Artikel mit Hinweisen auf Werbeslogans und persönliche Einzelheiten über den (nicht namentlich genannten) Kläger wieder, die auch auf der Internetseite der Zahnarztpraxis zu finden waren.

Der Kläger beantragte in erster Instanz, dem Beklagten zu untersagen, weiter auf diese identifizierende Art zu berichten. Das Landgericht Karlsruhe hat den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung des Klägers zurückgewiesen. Auch wenn unterstellt würde, dass der Kläger aufgrund der im Artikel wiedergegebenen Werbeslogans identifizierbar sei, sei der damit verbundene Eingriff in sein allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG) nicht widerrechtlich, sondern von der Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG) gedeckt.

Im Berufungsverfahren stellte das OLG Karlsruhe zunächst fest, dass die angegriffene Berichterstattung in das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Klägers (Art. 1 Abs. 1, 2 Abs. 1 GG, Art. 8 Abs. 1 EMRK) eingreift. Zur Lösung des Konflikts zwischen allgemeinem Persönlichkeitsrecht und Meinungsäußerungsfreiheit sei eine Abwägung zwischen der Schwere der Persönlichkeitsbeeinträchtigung durch die Äußerungen einerseits und der Einbuße an Meinungsfreiheit durch die Untersagung der Äußerungen andererseits vorzunehmen.

Das Gericht trug weiterhin vor, dass die beanstandete Berichterstattung weder eine direkte Benennung des Klägers noch eine Vorverurteilung enthält. Diese Form der Berichterstattung ziele gerade auf diejenigen Leser, deren Informationsbedürfnis groß genug ist, dass sie bereit sind, die zur Identifizierung des Klägers notwendigen Nachforschungen anzustellen. Im Hinblick auf die konkreten Tatumstände und die zahlreichen Anzeigerstattungen bestehe ein besonderes Interesse der Öffentlichkeit, das die verfassungsrechtlich zugewiesene Informationsfunktion der Presse verstärke, so das Gericht.

Das OLG Karlsruhe kam zu dem Schluss, dass der Beklagte die unter den Gegebenheiten des Streitfalls zu stellenden Anforderungen an die presserechtliche Sorgfalt bei der Verdachtsberichterstattung eingehalten hat.

Die Berichterstattung sei somit rechtmäßig, ein Unterlassungsanspruch des Klägers scheidet aus.

Das Urteil des OLG Karlsruhe ist abrufbar unter:

http://lrbw.juris.de/cgi-bin/laender_rechtsprechung/document.py?Gericht=bw&GerichtAuswahl=OLG+Karlsruhe&Art=en&sid=d4d4ca0101096a16aec95beb77e13085&nr=19017&pos=1&anz=2

Cristina Bachmeier, LL.M.

DE: Erschöpfungsgrundsatz findet laut OLG Hamburg keine Anwendung auf E-Books

Mit Beschluss vom 24.03.2015 (Az.: 10 U 5/11) hat das Hanseatische Oberlandesgericht die Anwendbarkeit des urheberrechtlichen Erschöpfungsgrundsatzes auf E-Books verneint. Die AGB des im zugrundeliegenden Rechtsstreits beklagten Online-Buchhändlers enthielten eine Klausel, die es seinen Kunden untersagte bei ihm erworbene E-Books gebraucht weiterzuverkaufen. Die Verbraucherzentrale Bundesverband sah in dieser Klausel einen Verstoß gegen den in § 17 Absatz 2 UrhG enthaltenen Erschöpfungsgrundsatz und erhob Klage mit dem Argument, der Erschöpfungsgrundsatz finde auch auf E-Books Anwendung. Nach dem Erschöpfungsgrundsatz erlischt das ausschließliche Verbreitungsrecht des Urhebers, wenn er das Original oder Kopien seines Werkes auf dem europäischen Markt verbreitet.

Das OLG Hamburg stellte fest, dass der Erschöpfungsgrundsatz des § 17 Abs. 2 UrhG beim Online Download keine Anwendung findet. Zur Klärung dieser Frage bedürfe es auch keiner Vorlage an den EuGH. Vielmehr ergäbe sich aus Art. 4 Abs. 2 und Erwägungsgrund 29 RL 2001/29/EG eindeutig, dass der Erschöpfungsgrundsatz auf Online-Dienste keine Anwendung findet. Die einschlägigen unionsrechtlichen Vorschriften ermöglichten somit eine zweifelsfrei richtlinienkonforme Auslegung des deutschen Rechts, womit eine Vorlage an den EuGH entbehrlich sei.

Die Revision wurde nicht zugelassen, die Rechtssache habe keine grundsätzliche Bedeutung.

Der Beschluss des OLG Hamburg ist abrufbar unter:

<http://www.telemedicus.info/urteile/Rundfunkrecht/Urheberrecht/1551-OLG-Hamburg-Az-10-U-511-Weiterveraeusserungsverbot-in-AGB-fuer-digitale-Gueter-ist-wirksam.html>

Ass. iur. Gianna Iacino

DE: OLG Köln bestätigt das Verbot der Nutzung von Zitaten eines ehemaligen Bundeskanzlers

Das OLG Köln hat mit U. v. 05.05.2015 (Az.: 15 U 193/14) das Verbot für die Verwendung und Veröffentlichung von Zitaten eines ehemaligen deutschen Bundeskanzlers bestätigt. Nicht nur hat der 15. Zivilsenat die Berufung gegen die Entscheidung des Landgerichts Köln vom 13.11.2014 – Az.: 14 O 315/14 – in vollem Umfang zurückgewiesen, vielmehr wurde der Umfang des Verbotes über die Vorgaben dieser Entscheidung hinaus in dem Sinne erweitert, als auch die Verwendung von Zitaten, welche das Landgericht noch als zulässig erachtet hatte, untersagt wurden.

Den Autor, der als Ghostwriter die Memoiren des ehemaligen Bundeskanzlers aufzeichnete, treffe eine vertragliche Pflicht zur Geheimhaltung, welche konkludent verabredet worden sei und verhindern solle, dass die auf Tonbändern fixierten Äußerungen ohne Einverständnis des Klägers veröffentlicht werden. Dem Kläger sollte vertraglich die Entscheidungshoheit über den konkreten Inhalt wie auch über den Zeitpunkt der Veröffentlichung zustehen. Dem Autor wurde eine lediglich dienende Funktion zugestanden. Aufgrund dieser Geheimhaltungsabrede habe der Autor diesbezüglich auf sein Recht auf freie Meinungsäußerung verzichtet.

Aus der Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des ehemaligen Bundeskanzlers resultiere ein Veröffentlichungs- und Verwertungsverbot für den Co-Autor und den publizierenden Verlag. Diese haben die Vertraulichkeitssphäre und das Recht am gesprochenen Wort des ehemaligen Kanzlers durch die Veröffentlichungen beeinträchtigt. Aufgrund der Pressefreiheit sei zwar nicht jede Veröffentlichung einer rechtswidrig erlangten Information ausgeschlossen, jedoch bestehe ein absolutes Verwertungsverbot dann, wenn Tonbandaufzeichnungen in wörtlicher Rede ungenehmigt weitergegeben werden, sowie dann, wenn sich die Presse in rücksichtsloser Weise über die schützenswerten Belange des Betroffenen hinwegsetze.

In der vorliegenden Fallkonstellation sei dies auch gerade deswegen zu bejahen, weil sowohl dem Verlag als auch dem Co-Autor die konkreten Umstände sowie das die Zusammenarbeit beendende Zerwürfnis zwischen Autor und ehemaligem Bundeskanzler bekannt waren. Zudem seien sie an der Erstellung des streitgegenständlichen Buches verantwortlich beteiligt gewesen.

Die Pressemitteilung des OLG Köln ist abrufbar unter:
http://www.olg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/004_zt_letzte-pm_archiv_zwangs/001_letzte_pressemitteilung/index.php

Katrin Welker

DE: Laut AG Charlottenburg sind Freifunker Access-Provider haftungsprivilegiert

Das AG Charlottenburg hat mit Beschluss vom 17.12.2014 entschieden, dass der Betreiber eines freien WLAN-Netzwerkes lediglich als Access-Provider haftet und sich somit auf umfangreiche Haftungsprivilegien berufen kann (Az.: 217 C 121/14).

Vorliegend war der Betreiber eines dem Freifunk zugehörigen freien WLANs wegen Urheberrechtsverletzungen abgemahnt worden, die über seinen Zugang begangen wurden. Laut Abmahnung wurde über das Netzwerk des Betreibers der urheberrechtlich geschützte Film „Das erstaunliche Leben des Walter Mitty“ in Filesharing-Netzwerken zum Download angeboten. Der Rechteinhaber sah eine Haftung des Betreibers als Täter bzw. Störer als gegeben an und verlangte von ihm sowohl Schadensersatz wegen der Bereitstellung des Werkes als auch die Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung. Nachdem der Betreiber hierauf nicht einging teilte ihm der Rechteinhaber mit, dass kein Interesse mehr an der Geltendmachung der genannten Ansprüche bestehe. Da dies die aufgeworfenen Rechtsfragen nach Ansicht des Betreibers des Freifunk-WLANs nicht hinreichend beantwortete, erhob er Klage gegen den Rechteinhaber bzw. dessen Kanzlei in Form einer negativen Feststellungsklage.

Das AG Charlottenburg entschied nun, dass der Kläger weder als Täter noch als Störer haftet und legte der Beklagten die Kosten des Rechtsstreits auf. Bei einem offenen WLAN-Netzwerk bestehe die ernsthafte Möglichkeit, dass die Rechtsverletzung nicht vom Betreiber, sondern von anderen Nutzern begangen wurde. Somit sei es am Rechteinhaber gewesen, hinreichend konkret darzulegen, inwiefern der Kläger als Täter gehandelt haben soll. Da die Beklagte dieser Darlegungspflicht nicht nachgekommen war, war eine Haftung des Klägers als Täter nach Auffassung des Gerichts zu verneinen. Darüber hinaus scheidet auch eine Haftung des Betreibers als Störer aus, da ihn keine allgemeine Pflicht treffe, die Inhalte anderer Nutzer auf ihre Rechtswidrigkeit hin zu überprüfen. Vielmehr könne er sich als Access-Provider auf eine umfassende Haftungsprivilegierung berufen und hafte insofern nur für diejenigen Urheberrechtsverletzungen Dritter, von denen er Kenntnis erlangt hat oder erlangen musste. Eine solche Pflichtverletzung sei ihm im vorliegenden Fall jedoch gerade nicht vorzuwerfen gewesen.

Die Entscheidung des AG Charlottenburg ist eine der bislang wenigen gerichtlichen Entscheidungen zu Freifunk-Netzwerken.

Die Entscheidung des AG Charlottenburg ist abrufbar unter:
<http://www.jurpc.de/jurpc/show?id=20150066>

Tobias Raab

DE: VG Hamburg verneint Anspruch auf unentgeltliche Verbreitung von „Must Carry“-Programmen

Medienberichten zufolge hat das Verwaltungsgericht Hamburg mit Beschluss vom 29.04.2015 (Az.: 17 K 1672/13) entschieden, dass die Einspeisepflicht der Kabelnetzbetreiber gem. §§ 50 ff. Rundfunkstaatsvertrag nicht bedeutet, dass die Verbreitung gratis erfolgen müsse. Damit wurde dem Hilfsantrag der Kabelnetzbetreiber gefolgt.

Bei dem Rechtsstreit geht es um die Kosten für die Einspeisung von öffentlich-rechtlichen Programmen in die Kabelnetze. Aufgrund von Auflagen der zuständigen Landesmedienanstalten haben die Netzbetreiber die Verpflichtung, beitragsfinanzierte Programme sowie die Dritten Programme zu verbreiten (sog. „Must Carry“-Regeln). Die insoweit bestehenden Einspeiseverträge zwischen den Kabelnetzbetreibern und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstaltern wurden von letzteren im Jahre 2012 gekündigt. Da es sich um „Must-Carry“-Programme handele und die Verbreitung für die Kabelnetzbetreiber verpflichtend sei, müsse die Verbreitung auch ohne entsprechende Vergütung erfolgen.

Die Kabelnetzbetreiber sind der Ansicht, dass eine rechtliche Pflicht zur Verbreitung von „Must-Carry“-Programmen nicht zeitgleich bedeute, dass die Verbreitung kostenlos erfolgen muss. Der vom Gericht abgelehnte Hauptantrag belief sich auf den Anspruch, die Sender zum Abschluss eines Einspeisevertrages zu verpflichten. Im Hilfsantrag wurde geltend gemacht, die Sender jedenfalls zur Zahlung einer Vergütung für die Verbreitung der Programme zu verpflichten.

Das Verwaltungsgericht Hamburg erkannte im vorliegenden Rechtsstreit eine Pflicht der Sender an, für die Verbreitung der Programme eine Vergütung an die Kabelnetzbetreiber zu zahlen, wenn auch eine Pflicht zum Abschluss eines Einspeisevertrages nicht anerkannt wurde.

Die Berufung zum Obergericht wurde zugelassen.

Katrin Welker

DE: Vorratsdatenspeicherung im Gesetzgebungsverfahren

Die Bundesregierung hat Bundestag und Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung zugeleitet. Durch das Vorhaben sollen TK-Unternehmen verpflichtet werden, Mobilfunkstandortdaten vier Wochen und sonstige Verkehrsdaten zehn Wochen lang für Strafverfolgungszwecke zu speichern. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung eine Vorratsdatenspeicherung realisieren, die im Einklang steht mit den Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Vorgängerregelung und des Gerichtshofes der Europäischen Union (EuGH) zur Ungültigkeit der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung (2006/24/EG).

Die zehnwöchige Speicherpflicht (§ 113b TKG in der Fassung des Gesetzentwurfs) gilt für Erbringer öffentlich zugänglicher Telefondienste u. a. hinsichtlich sämtlicher Rufnummern bzw. Kennungen an einem Telefonanruf oder einer Textnachricht beteiligter Anschlüsse sowie des Beginns und Endes der Anrufe. Bei Prepaid-Karten ist zudem der Zeitpunkt der ersten Aktivierung, bei Internet-Telefondiensten sind die IP-Adressen der beteiligten Anschlüsse und die zugewiesenen Benutzerkennungen vorzuhalten. Erbringer öffentlicher Internetzugangsdienste sollen die Kennung des Anschlusses, über den eine Internetnutzung erfolgt, die zugewiesene Benutzerkennung und IP-Adresse sowie die Zeitpunkte von Beginn und Ende der Internetnutzung aufbewahren.

Für vier Wochen sind dem Entwurf zufolge im Falle mobiler Nutzungen die Bezeichnungen der Funkzellen bei Beginn der Telefon- oder Internetverbindung sowie die geographische Lage und die Hauptstrahlrichtungen der die jeweilige Funkzelle versorgenden Funkantennen zu speichern.

Nach Ablauf der Speicherfristen sind die Daten unverzüglich, jedenfalls aber binnen einer Woche „irreversibel“ zu löschen. Die Speicherung der Daten muss zudem besonderen Bestimmungen hinsichtlich der Datensicherheit genügen, die u. a. auch den Einsatz eines „besonders sicheren Verschlüsselungsverfahrens vorsehen“ (§ 113d). Sämtliche Zugriffe auf die Vorratsdaten sind zu protokollieren (§ 113e).

Abrufen dürfen die Daten aufgrund des neu einzufügenden § 100g StPO die Strafverfolgungsbehörden zur Verfolgung der einzeln aufgeführten „besonders schweren Straftaten“. Zu diesen zählen neben Straftaten gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Mord, Totschlag und schweren Straftaten gegen die persönliche Freiheit auch bestimmte Sexualdelikte, Vermögensdelikte, wie etwa schwerer Bandendiebstahl, sowie gemeingefährliche Straftaten. Auch Delikte aus strafrechtlichen Nebengesetzen wie dem Aufenthaltsgesetz, dem Betäubungsmittelgesetz und dem Waffengesetz zählen zu den besonders schweren Straftaten, für deren Verfolgung ein Abruf der Vorratsdaten zulässig sein soll. Dabei muss die Tat „auch im Einzelfall“ schwer wiegen, die Aufklärung auf andere Weise muss zumindest wesentlich erschwert sein und die Datenerhebung „in einem angemessenen Verhältnis zur Bedeutung der Sache“ stehen. Auch Funkzellenabfragen sollen unter diesen Voraussetzungen möglich sein.

Um der Kritik des EuGH am fehlenden Schutz von Kommunikation von Berufsgeheimnisträgern wie Ärzten, Rechtsanwälten oder Seelsorgern durch die frühere Richtlinie zu begegnen, sollen Daten über diese oder von diesen Personengruppen, soweit diese in Strafprozessen das Zeugnis verweigern dürften, nicht abgerufen werden dürfen. Soweit die Daten einer Ermittlungsbehörde dennoch zur Kenntnis gelangen, dürfen sie nicht verwendet werden und sind unverzüglich zu löschen.

Jeder Abruf muss dem Entwurf zufolge durch eine gerichtliche Entscheidung genehmigt werden, die auch die konkret zu übermittelnden Daten und einzelfallbezogene Angaben zur Erforderlichkeit und Angemessenheit enthält. In der Regel ist der Betroffene von einem Datenabruf zu unterrichten; die Zurückstellung oder das völlige Absehen von einer Benachrichtigung ist nur auf gerichtliche Anordnung zulässig.

Der am 27.5.2015 vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetzentwurf weicht nur geringfügig ab von einem am 15.5.2015 im Internet bekanntgewordenen Referentenentwurf. Bereits am 15.4.2015 hatte der Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz „Leitlinien des BMJV zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist“ bekanntgegeben. Der jetzige Entwurf soll nun parallel in Bundestag und Bundesrat beraten und laut Medienberichten noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, Bundesrats-Drs. 249/15 v. 28.5.2015 ist abrufbar unter:
<http://www.bundesrat.de/drs.html?id=249-15>

Rechtsanwalt Sebastian Schweda

AL: Public broadcaster signs contract on building digital networks

The Albanian public broadcaster *Radio Televizioni Shqiptar* (RTSH) signed a contract with the German company Rohde & Schwarz on 19 March 2015. The contract was signed by the Minister of State for Innovation and Public Administration, the acting director of the public broadcaster RTSH and the General Director of Rohde & Schwarz company. The Ministry of Innovation and Public Administration has been in charge of overseeing the process of negotiation and in general the digital switchover in the country. The contract assigns the company the task to build two national digital networks that will belong to and be managed by the public broadcaster. The public broadcaster has also the obligation to host local programme operators in one of the two networks, according to the Strategy for Digital Switchover.

The signing of the contract followed a long legal dispute. The Company Rohde & Schwarz was one of the two winners of a tender that started in April 2013. But the tender was annulled by the then-Minister of Innovation and Information and Communication Technology on August 2013. The Ministry then proclaimed two other bidders as the winners of the tender.

Rohde & Schwarz filed a lawsuit after the annulment, challenging both the cancellation and the proclamation of the two winners of the tender. The first level court ruled that the order the Ministry issued, proclaiming two bidders as winners of the tender, was illegal. The court consequently also repealed the order that annulled the tender procedures in August 2013.

The court's decision was appealed by the Ministry, and transferred to the Administrative Court of Appeals. In September 2014 the Administrative Court of Appeals ruled that the case was closed, after the Ministry decided to stop pursuing the appeal of the case. Following the court's decision, order no.3663, dated 29 September 2014, was published in the Bulletin of Public Procurement no.41, dated 13 October 2014, which proclaimed the company Rohde & Schwarz as the sole winner of the tender to build the digital networks of public broadcaster RTSH. Apart from the clarification of the dispute on the outcome of the tender in court, the winning company, the representatives of RTSH and the representatives of the Ministry of Innovation held negotiations on the actual terms of the contract for several months before the current contract was signed.

The news on signing the contract are available at:

<http://www.inovacioni.gov.al/al/newsroom/lajme/ministrja-harito-nenshkruan-kontraten-per-dixhitalizimin-e-rtsh&page=1>

The documents quoted in the text are available at:

www.miap.gov.al

www.gjykatatirana.gov.al

<http://www.gjykataepelittirane.al/>

<http://www.gjykataadministrativeepelit.al/>

Ilda Londo, Research Coordinator at the Albanian Media Institute

AL: Parliament votes to complete the steering council of public broadcaster

The Parliament elected five members of the Steering Council of the public broadcaster Radio Televizioni Shqiptar (RTSH) on 30 April 2015. A week later, on 8 May 2015, the parliament also elected the new chair of the Steering Council. The Steering Council of RTSH was completed after disagreements and legal disputes between the opposition and Members of the Parliament representing the ruling majority.

The mandate of all members and chairmen of the Steering Council had expired more than a year ago. However, due to parliamentary deadlock and other disputes, the opposition and ruling majority could not agree on the election process.

The Law stipulates that both sides should cooperate and ideally reach a consensus on the candidates to propose. Article 94 of the Law 97/2013 “On Audiovisual Media in the Republic of Albania” stipulates that the proposed candidates for the Audiovisual Media Authority (AMA) are shortlisted by the Parliamentary Commission on Media. For the selection of an alternate candidate for every post of a member of the Steering Council of the Albanian Radio-Television (ART), the Commission for Education and Means of Public Information shall examine all candidacies put forward by the proposing entities. On the basis of the above-mentioned proposals the administered candidatures shall be subject to exclusion one by one. In any case, the Commission shall keep the balance between five members supported by the majority and five members supported by the opposition. The candidacies should be submitted for vote in the Assembly's plenary session.

After repeated failures to reach an agreement the ruling majority decided to go ahead and elect the first five members on 4 December 2014. The short listing process in the Parliamentary Commission on Media was done only by Members of Parliament representing the ruling majority and the candidates were elected in a plenary session only with ruling majority votes. This led to a dissatisfaction of the opposition, which claimed that this process was illegal, as it was one-sided and lacking the participation of the opposition Members of Parliament.

As a result, the Democratic Party, the main opposition party, filed a lawsuit to the first level of the Administrative Court on 12 January 2015, seeking the court to repeal the decision and to proclaim the whole process invalid. The Democratic Party claimed that the process of election violated the law, since the opposition Members of Parliament had not participated in the short-listing process, as the law required. The Court of Appeals of the first instance ruled against the Democratic Party's request. Afterwards, the Democratic Party decided to stop further pursuing the case and shortlisted five other candidates to be voted for the completion of the Steering Council of RTSH.

The report on the plenary session of 8 May 2015 is available at:

http://www.parlament.al/web/Kuvendi_mblidhet_ne_seance_plenare_20045_1.php?kc=0,0,0,0,0

The report on plenary session of April 30 2015 is available at:

http://www.parlament.al/web/Kuvendi_mblidhet_ne_seance_plenare_19976_1.php?kc=0,0,0,0,0

Law no. 97/2013 “On Audiovisual Media in the Republic of Albania” is available at:

<http://institutemedia.org/Documents/PDF/Law%20on%20Audiovisual%20Media.pdf>

Ilda Londo, Research Coordinator at the Albanian Media Institute

BG: CEM's report of the monitoring of the television channel PRESS TV

On 7 April 2015 the Council for Electronic Media (CEM) accepted a report on the results of the monitoring of the television channel "PRESS TV". The monitoring found that the recordings of the flooding of the town Kazanlak are presented correctly.

On 1 February 2015 the town of Kazanlak was flooded and local media showed how the Municipality was dealing with the situation. The event was also covered by a journalist from the television channel "PRESSTV". In a personal conversation, the Mayor of the town complained to a prosecutor from Kazanlak. She said that the television channel "caused panic" and did not adequately reflect the work of the Municipality.

After the conversation with the mayor the prosecutor took action. The journalist from PRESS TV was summoned to appear at the police station on 3 April 2015 to be indicted in pre-trial proceedings under Art. 326 of the Criminal Code, which states that: "whoever transmits on radio, telephone or otherwise, false calls or misleading signs for help, accident or alarm, shall be punished by imprisonment of up to two years." After a sharp reaction of the guild of journalists on 2 April 2015 the charges towards the journalist were dropped.

According to the monitoring of CEM, the recordings broadcast on 2 February 2015 reflected the effects of the flooding in the western part of the town correctly. According to CEM, in the broadcast information, the journalist relied on official information from Kazanlak's Municipality regarding the situation, as well as on testimonies of victims of the affected factories in the industrial park. With no desire to influence the independent judiciary, the Council expressed a general opinion that the reporter's story is built entirely on the recordings captured by the cameraman. The facts are presented in accordance with professional standards and the public interest and the right of people to be informed.

Прессъобщение на CEM (Press release of CEM)

<http://www.cem.bg/displaynewsbg/327>

Assoc. Professor Rayna Nikolova, PhD, New Bulgarian University

BG: Vergabe von Genehmigungen an Multiplexbetreiber laut EuGH europarechtswidrig

Mit Urteil vom 23. April 2015 stellte der Gerichtshof im Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen die Republik Bulgarien (Rechtssache C-376/13, ECLI:EU:C:2015:266) fest, dass Bulgarien bei der Vergabe von Genehmigungen an zwei Multiplexbetreiber Verpflichtungen aus der Genehmigungsrichtlinie 2002/20/EG, der Rahmenrichtlinie 2002/21/EG und der Wettbewerbsrichtlinie 2002/77/EG für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste nicht erfüllt hat. Der Gerichtshof bestätigt mit seinem Urteil die in der Klageschrift formulierten Verstöße gegen die europäischen Richtlinien. Die Klage wurde von der Europäischen Kommission erhoben, nachdem Bulgarien im Vorverfahren die Vertragsverletzung nicht abgestellt hatte.

Bulgarien begann mit der Digitalisierung des terrestrischen Rundfunks im Jahr 2009 durch die Verabschiedung eines Digitalisierungsplanes und durch die Einführung von Änderungen und Ergänzungen des Gesetzes über die elektronische Kommunikation und des Rundfunkgesetzes. Aufgrund der neuen Vorschriften hat die Bulgarische Kommission zur Regulierung der Kommunikation am 5. Juni 2009 zunächst die Genehmigung für zwei Bedeckungen (*MFNs*) dem Betreiber Tawercom Bulgaria EAD und am 22. Juni 2009 die Genehmigung für weitere drei Bedeckungen dem Betreiber Hannu Pro Bulgaria EAD für die Dauer von 15 Jahren erteilt.

Dabei habe Bulgarien laut der Klageschrift der Kommission Verpflichtungen aus den europäischen Richtlinien nicht erfüllt. Die Zahl der Unternehmen, die Funkfrequenzen für die digitale terrestrische Verbreitung zugeteilt und Genehmigungen für die Erbringung der entsprechenden elektronischen Kommunikationsdienste erteilt bekommen können, sei durch die Vorschrift des § 5a Abs. 1 und 2 der Übergangs- und Schlussvorschriften des Gesetzes über die elektronische Kommunikation, auf zwei Multiplexbetreiber beschränkt worden. Hierdurch verstoße Bulgarien gegen die Anforderungen des Art. 2 Abs. 1 der Wettbewerbsrichtlinie. Beschränkungen für die Teilnahme an diesen Genehmigungsverfahren, die Anbietern von Fernsehinhalten auferlegt werden, seien in Art. 47a Abs. 1 und 2 und in Art. 48 Abs. 3 des gleichen Gesetzes vorgesehen. Dadurch sei Bulgarien Verpflichtungen nach Art. 7 Abs. 3 der Genehmigungsrichtlinie, nach Art. 9 Abs. 1 der Rahmenrichtlinie und nach Art. 2 Abs. 2 und 4 und Art. 4 Abs. 2 der Wettbewerbsrichtlinie nicht nachgekommen. Aufgrund des in Art. 48 Abs. 5 des Bulgarischen Gesetzes geregelte Verbot für die Multiplexbetreiber, elektronische Kommunikationsnetze für die Ausstrahlung von Radio- und Fernsehprogrammen einzurichten, verstoße Bulgarien gegen Art. 7 Abs. 3 der Genehmigungsrichtlinie, Art. 9 Abs. 1 der Rahmenrichtlinie, sowie auch Art. 2 Abs. 2 und Art. 4 Abs. 2 der Wettbewerbsrichtlinie.

Die Republik Bulgarien bestritt zunächst die Zulässigkeit der Klage, da das bulgarische Verfassungsgericht die Vorschriften des § 5a und des Art. 48 Abs. 5 des bulgarischen Gesetzes für verfassungswidrig erklärt habe, wodurch sie kein geltendes Recht mehr seien. Darüber hinaus seien Art. 47a und Art. 48 Abs. 3 entsprechend der Empfehlungen der Kommission im Vorverfahren geändert worden. Und zuletzt sei die Eröffnung eines neuen Genehmigungsverfahrens in § 209 der Übergangs- und Schlussvorschriften des Änderungsgesetzes über die elektronische Kommunikation vorgesehen worden.

Trotz der Einwände von bulgarischer Seite hält der Gerichtshof die Klage für zulässig. Bulgarien habe Verpflichtungen nach den europäischen Richtlinien nicht erfüllt, indem es die oben zitierten Vorschriften des Gesetzes über die elektronische Kommunikation angewandt und im Jahr 2009 zwei Genehmigungsverfahren durchgeführt habe. Auch wenn diese Vorschriften nicht mehr gelten oder geändert worden sind, bestünden die Nutzungsrechte über die Funkfrequenzen weiterhin. Somit sei die Vertragsverletzung noch nicht abgestellt. Darüber hinaus sei das neue, gesetzlich geregelte Genehmigungsverfahren unabhängig von der Frage, ob dieses eine für die Abstellung der

Vertragsverletzung geeignete Maßnahme darstelle, nicht fristgemäß durchgeführt worden und deswegen könne es nicht in Erwägung gezogen werden.

Im Laufe des Verfahrens unterstrich die Republik Bulgarien noch mal die drei Ziele von öffentlichem Interesse, die die gesetzlichen Regelungen verfolgt hätten – die Gewährleistung eines erfolgreichen Starts der Digitalisierung des terrestrischen Rundfunks, die Sicherstellung der verfassungsrechtlich proklamierten Informations- und Meinungsfreiheit und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Multiplexbetreiber. Die Kommission vertrat die Meinung, dass diese Ziele auch durch weniger einschränkende Regelungen erfüllt werden könnten. Beispielsweise habe Bulgarien denjenigen Multiplexbetreibern, welchen ein erheblicher Teil der Frequenzordnung für einen Zeitraum von 15 Jahren zur Verfügung gestellt wurde, einen Vorsprung verschafft. Dieser Vorsprung reduziere wesentlich die Möglichkeit, dass sich weitere Teilnehmer an dem Markt beteiligen, bzw. dass sie unter den gleichen Bedingungen im Sinne des Art. 1 Abs. 6 der Wettbewerbsrichtlinie tätig werden können.

Das Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-376/13 Europäische Kommission gegen die Republik Bulgarien vom 23. April 2015 ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=163882&pageIndex=0&doclang=BG&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=311673>

Das Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-376/13 Europäische Kommission gegen die Republik Bulgarien vom 23. April 2015 ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=163882&pageIndex=0&doclang=FR&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=311673>

Evgeniya Scherer, Rechtsanwältin und Dozentin, Bulgarien/Deutschland

CH: Facebook-Freundeskreis ist nicht die „Bevölkerung“

Das schweizerische Bundesgericht in Lausanne (BGer) hat mit U. v. 8.4.2015 (Az.: 6 B _ 256/2014) entschieden, dass eine Drohung gegenüber Facebook-Freunden nicht als "Schreckung der Bevölkerung" bestraft werden kann.

Der Betroffene postete im März 2012 auf seiner Facebook-Seite einen Text adressiert an diejenigen seiner Facebook-Freunde, die ihm nicht zum Geburtstag gratuliert hatten. Er hielt unter anderem fest: „(...) Ich vernichte euch alle, ihr werdet es bereuen (...) jetzt kann euch niemand mehr schützen POW!!!!POW!!!!POW!!!!“ (Original-Post in schweizerdeutscher Mundart).

Dafür wurde er vom Obergericht des Kantons Zürich wegen versuchter „Schreckung der Bevölkerung“ gemäß Art. 258 des schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) zu einer Geldstrafe verurteilt.

Dagegen legte der Betroffene Beschwerde vor dem Bundesgericht ein.

Das BGer befasste sich nicht grundsätzlich mit der Frage, ob eine Äußerung gegenüber Facebook-Freunden als "öffentlich" oder "privat" einzustufen ist. Vielmehr sei die Auslegung des Begriffs „Bevölkerung“ entscheidend. Nach allgemeinem Sprachgebrauch und im Sinne von Art. 258 StGB seien darunter die Bewohner eines bestimmten Gebietes zu verstehen bzw. die Gesamtheit der Personen, die sich gleichzeitig an einem bestimmten Ort aufhalten. Der Freundes- und Bekanntenkreis im realen oder virtuellen Leben gelte deshalb nicht als "Bevölkerung", weil hier ein Bezug zu einem bestimmten Ort fehle.

Somit stellte das Gericht fest, dass der Beschwerdeführer seine Nachricht nicht an die "Bevölkerung" im Sinne von Art. 258 StGB richtete, indem er die inkriminierte Äußerung an seine rund 290 Facebook-„Freunde“ adressierte.

Der Beschwerde wurde stattgegeben, das Urteil des Obergerichts des Kantons Zürich aufgehoben und die Streitsache zur erneuten Entscheidung an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Das Urteil des BGer vom 8.4.2015 (Az.: 6B_256/2014) ist abrufbar unter:

<http://www.bger.ch/index/jurisdiction/jurisdiction-inherit-template/jurisdiction-recht/jurisdiction-recht-urteile2000.htm>

Cristina Bachmeier, LL.M.

ES: Spanische Rundfunkaufsichtsbehörde stellt Verstöße gegen Werbevorschriften fest

Mit zwei Entscheidungen vom 9.4.2015 hat die spanische Rundfunkaufsichtsbehörde (*Comisión Nacional de los Mercados y la Competencia*, CNMC) Sanktionen gegen spanische Mediendiensteanbieter wegen Verstößen gegen werberechtliche Vorschriften ausgesprochen.

Sowohl Atresmedia – SNC/DTSA/1753/14/ATRESMEDIA – als auch Mediaset – SNC/DTSA/1748/14/MEDIASET – haben nach Ansicht der Behörde durch die Art der Einfügung von Werbung in das Programm die Integrität der unterbrochenen Sendungen verletzt. Sendungen unterschiedlicher Genres seien wiederholt inmitten von Szenen und Dialogen unterbrochen worden, teilweise sogar mitten in Sätzen und Wörtern.

Die Veranstalter verwiesen auf eine besondere Werbeform („pauta única“, etwa „einheitliches Muster“), bei der auf mehreren Kanälen einer Sendergruppe zur selben Zeit derselbe Werbespot ausgestrahlt werde. Der Zeitpunkt der entsprechenden Ausstrahlung orientiere sich an den Sendep länen der reichweitenstärksten Sender der Gruppe. Auf die in diesen Momenten auf den kleineren Sendern laufenden Inhalte könne nicht immer Rücksicht genommen werden.

Dieses Argument ließ die Behörde nicht gelten. Die Anbieter seien zwar frei, innerhalb des rechtlich Zulässigen neue Werbeformen zu etablieren. Die sich daraus ergebenden praktischen Probleme dürfen jedoch nicht auf die Zuschauer abgewälzt werden. Beide Mediendiensteanbieter wurden daher mit einer Geldbuße in Höhe von EUR 150.000 belegt.

In einer weiteren Entscheidung gegen Mediaset vom 16.4.2015 – SNC/DTSA/1634/14/MEDIASET – rügte die CNMC eine Überschreitung der maximal zulässigen Werbedauer. Im Wesentlichen ging es um Hinweise der Fernsehsender Telecinco, Cuatro und FDF auf eigene Programme, für die gemäß des spanischen Gesetzes über die audiovisuelle Kommunikation (*Ley 7/2010 General de la Comunicación Audiovisual*) eigene stündliche Limits gelten (fünf Minuten). Nach Ansicht der Behörde hätten die Fernsehsender allerdings einen zu weiten Begriff des „eigenen Programms“ herangezogen und damit die Hinweise der falschen Kategorie zugeordnet. Stattdessen seien die Hinweise als klassische Werbung anzusehen. Aus diesen Gründen hat die Behörde insgesamt sechs Überschreitungen an mehreren Tagen im Juni 2014 festgestellt und hierfür eine Geldbuße in Höhe von EUR 49.263 verhängt.

Die Entscheidungen der CNMC vom 9.4.2015 und 16.4.2015 sind abrufbar unter:

http://www.cnmc.es/Portals/0/Ficheros/Telecomunicaciones/Resoluciones/2015/1504_Abril/150409_Res_SNC-DTSA-1753-14-ATRESMEDIA.pdf

http://www.cnmc.es/Portals/0/Ficheros/Telecomunicaciones/Resoluciones/2015/1504_Abril/150409_Res_SNC-DTSA-1748-14-MEDIASET.pdf

http://www.cnmc.es/Portals/0/Ficheros/Telecomunicaciones/Resoluciones/2015/1504_Abril/150416_RES_SNC-DTSA-1634-14-MEDIASET.pdf

Peter Matzneller, LL.M. Eur.

LT: Draft Law on Amendments to the Law on the Provision of Information to the Public Prepared

At the moment the Lithuanian Parliament (*LR Seimas*) is discussing a number of amendments to the articles of the Law on the Provision of Information to the Public (hereinafter referred to as the Draft Law). The aim of the Draft Law is to liberalize the regulation of the re-broadcasting activity as well as to enhance the protection of the informational environment against such information, which may harm the national security interests of Lithuania.

Primarily, the Draft Law seeks to eliminate the drawbacks of the existing regulation of the re-broadcasting activity, which does not encompass the activity of all entities engaged in the distribution of television programmes. For this reason the Draft Law proposes to specify the notion of *re-broadcaster* by which would be ensured that all entities, which are engaged in the activity of selecting television programmes and distributing selected packages, despite the technology used for this purpose, would be considered as re-broadcasters and would fall under the same regulation and for the content control the same rules would apply.

The Draft Law proposes to waive the current licensing regulation of the re-broadcasting activity, with only one exception for limited state resources, if i.e. radio frequencies for such activity are used.

The Draft Law provides that interested parties willing to engage themselves in the re-broadcasting activity shall have the duty to inform the Radio and Television Commission of Lithuania (hereinafter referred to as the Commission). They will be able to start their activity the day after providing certain information to the Commission. They shall provide a verification of the fact that the interested party is not legally deprived of the right to carry out such kind of activity; that the validity of that person's broadcasting or re-broadcasting licence had not been cancelled within the period of 12 months; that the person had not been convicted of a crime against Lithuania's independence, territorial integrity and constitutional system; that the interested party is not in contact with individuals or organizations outside the European Union or NATO, who might menace Lithuania's national security and that the person is not in contact with organized criminal groups, special agencies of foreign states or groupings related to international terrorist organizations nor individuals belonging to such.

In case the Commission establishes at least one of the above mentioned circumstances, it has the right to cancel such activity until the established circumstance ceases to exist. Such a Commission's decision has to be sanctioned by the Vilnius Administrative Court.

The Draft Law determines the liability of all entities engaged in re-broadcasting and programme package distribution activity for violations of specific requirements of the programme selection as laid down in the Law on the Provision of Information to the Public.

The Draft Law enables the Commission to apply sanctions on the entity for ignoring the above mentioned requirements. Thus the Draft Law embeds a new regulatory tool, an economic sanction, which is proposed to comprise up to 3 per cent of the entity's total revenue or up to 100 000 Euro for when it is not possible to estimate the revenue.

Whereas one of the aims of the Draft Law is to enhance the security of the informational environment against such information, which may harm the sovereignty and national security interests of Lithuania, the Commission shall be consolidated with more duties and responsibilities, especially in the procedure of tackling complaints, safeguarding the public interest in the audiovisual field, etc.

Lietuvos Respublikos Visuomenės informavimo įstatymo Nr. I-1418 2, 19, 22, 27, 31, 32, 33, 34, 34¹, 47, 48 straipsnių pakeitimo ir 40² straipsnio pripažinimo netekusiu galios įstatymas (The Law on Amendment No. I-1418 to Art. No. 2, 19, 22, 27, 31, 32, 33, 34, 34¹, 47, 48 and Annulment of Art. 40² of the Law on the Provision of Information to the Public) is available at:
http://www3.lrs.lt/pls/inter3/dokpaieska.showdoc_l?p_id=491503&p_tr2=2

Jurgita Iešmantaitė, Lawyer, Radio and Television Commission of Lithuania

ME: PBS in search for stable financing

The Draft Law on Amendments to the Law on Public Broadcasting Services of Montenegro introduces a new model of financing of the national Public Service Broadcaster (Radio Televizija Crne Gore – RTCG). Instead of a fixed percentage of 1.2 of the general public revenues, the state would allocate 0.3% of the Gross Domestic Product (GDP) for the realization of basic activities of RTCG.

A limitation has been introduced according to which RTCG cannot use funds from the budget of Montenegro for the financing of commercial audiovisual services (cross-subsidization). Also, the funds are conditioned by the signing of an agreement between the Government of Montenegro and RTCG. This way, funding from the budget would increase by around 30%, from an average of 7-8 million Euro.

As explained in the Draft, the reason for the amendments is further harmonization with the EU rules on state subsidies, and also the deteriorating general financial situation which led to the decrease in RTCG funding of around 3 million Euro from 2009 to 2013.

The proposal was drafted with the help of the European Broadcasting Union, but part of the domestic and international professional public does not support the proposed model. In the Comments to the Law drafted for the OSCE Mission to Montenegro, it was pointed out that these changes would be a step back in terms of the independence of RTCG. The proposed level of financing (state budget as a dominant source of financing) would expose the public service broadcaster to political influence.

Stronger safety mechanisms from state influence are suggested, such as an act on self-regulation, since different models of financing, such as the subscription fee, proved inefficient in practice. The subscription fee model had been in force in 2007 and 2008, but only 30% of the fees, charged with the telecommunication bill and later the electricity bill, were successfully collected.

The amendments were drafted in November 2014, but they haven't yet reached the Parliament.

Draft Law on Amendments to the Law on Public Broadcasting Services of Montenegro

<http://www.gov.me/biblioteka/predlozi-zakona>

Financial reports of RTCG

<http://www.rtcg.me/rtcg/poslovanje.html>

Communication from the Commission on the application of State aid rules to public service broadcasting (2009/C 257/01)

<http://eur->

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:257:0001:0014:EN:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:257:0001:0014:EN:PDF)

Comments to the Draft Law on Amendments to the Law on Public Broadcasting Services of Montenegro

http://www.ardcg.org/index.php?option=com_docman&task=doc_details&gid=1253&Itemid=26

Daniela Brkic, KRUG Communications & Media, Montenegro

RO: Modification of the Audiovisual Law Rejected

The Chamber of Deputies (lower chamber of the Romanian Parliament) rejected on 6 May 2015 a modification of Art. 20 of the Audiovisual Law no. 504/2002. According to the rejected Draft Law, the President of the National Audiovisual Council (CNA) (Consiliul Național al Audiovizualului) would be dismissed, if the Parliament rejected the annual report of the Council. He could not have been re-appointed as President for the rest of the 6 years mandate. The Parliament would appoint another President for the rest of the mandate.

The final decision belongs to the upper Chamber, the Senate (see inter alia IRIS 2010-1/36, IRIS 2011-4/31, IRIS 2011-7/37, IRIS 2013-3/26, IRIS 2013-6/27, IRIS 2014-1/37, IRIS 2014-2/31, IRIS 2014-7/29, and IRIS 2014-9/26).

The Audiovisual Law does not provide provisions on the dismissal of the President of the *CNA* or of the Council as a whole if the annual report is rejected. It only provides that members of the Council can be dismissed, if they are not able to exercise their function for six months or if they receive a criminal conviction imposed by a final court decision.

The Draft Law had been initiated by the two Presidents of the two Culture and Mass-Media Standing Committees of the two chambers of the Parliament. They initiated the Draft Law in order to solve the prolonged functioning crisis of the *CNA*, due to multiple legal disputes between the President of the Council and the majority of the other ten members of the Council.

The president of the Council, who is accused of obeying the main ruling party, *PSD*, and of reducing the freedom of expression of the audiovisual media through measures she obliges the Council to trigger, is being prosecuted for the abuse of office. In turn, she sued her colleagues, because they have reduced her powers last year through the modification of the operating rules of the Council.

Propunere legislativă pentru modificarea art. 20 din Legea audiovizualului nr. 504/2002 - forma inițiatorului (Draft Law on the modification of Art. 20 of the Audiovisual Law no. 504/2002 – initiator's form)

<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/300/30/0/pl392.pdf>

Propunere legislativă pentru modificarea art. 20 din Legea audiovizualului nr. 504/2002 - expunerea de motive (Draft Law on the modification of Art. 20 of the Audiovisual Law no. 504/2002 – Explanatory Memorandum)

<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/300/30/0/em392.pdf>

Eugen Cojocariu, Radio Romania International

RO: Modification of the PBS Law Rejected

The Romanian Senate (upper chamber of the Parliament) rejected on 15 April 2015 the Draft Law on the modification of Art. 40 of the Law no. 41/1994 on the organization and functioning of the Romanian Radio Broadcasting Company and of the Romanian Television Broadcasting Company (Propunerea legislativă pentru modificarea art. 40 din Legea 41/1994 privind organizarea și funcționarea Societății Române de Radiodifuziune și Societății Române de Televiziune). The decision of the Senate was final (see inter alia IRIS 2013-5/37, IRIS 2014-1/38, IRIS 2014-6/30).

The Draft Law had been tacitly approved by the Chamber of Deputies on 1 April 2015. The Draft Law intended to cut the mandatory payment by every household and every company, firm or legal person in Romania of a monthly licence fee for the public radio and television broadcasters. The initiators argued that the consumers should be able to opt for or against the services offered by the public broadcasters. They considered the Law no. 41/1994 unfair for the commercial broadcasters, which could only rely upon revenues from advertisement. The initiators also argued that the vast majority of the consumers also pays a subscription to the TV cable network providers and, for this reason, a monthly licence fee for the PSB would represent, in their opinion, a double payment for the same service. The payment of the monthly licence fee would have become mandatory only for those opting to receive the public radio and TV programmes, through an unspecified mechanism.

The Economic and Social Council rejected the Draft Law because it is evasive and incomplete and does not foresee a mechanism for citizens and firms to opt for the public radio and TV services. The Romanian Government has not provided an opinion on this legislative proposal.

49 % of the 2014 revenues of *Radio Romania* and 58.65% of the revenues of the Romanian Television, *TVR*, came from the licence fee, according to their annual reports handed to the Parliament. The financial situation of the public television, *TVR*, is very delicate. *TVR* has debts to the state and its creditors of approx. 700 million lei (EUR ~159.09 million) at 31 December 2014, therefore the debts are bigger than the annual budget of *TVR*. The cut of the tax revenues would have resulted in an immediate collapse of the public TV.

The opponents of the idea to abolish the obligation of all the households and firms from Romania (with the exemptions directly established through the Law no. 41/1994 and the Government Decrees on how the tax is collected and who is exempted from the tax) consider the monthly licence fee as a solidarity tax. They consider, that the PSB has to be well financed in order to be strong, balanced, independent and to fully accomplish their mission.

Propunerea legislativă pentru modificarea art. 40 din Legea 41/1994 privind organizarea și funcționarea Societății Române de Radiodifuziune și Societății Române de Televiziune - forma inițiatorului (Draft Law on the modification of Art. 40 of the Law no. 41/1994 on the organization and functioning of the Romanian Radio Broadcasting Company and of the Romanian Television Broadcasting Company – initiator's form)

<http://www.cdep.ro/proiecte/2014/000/30/5/pl35.pdf>

Propunerea legislativă pentru modificarea art. 40 din Legea 41/1994 privind organizarea și funcționarea Societății Române de Radiodifuziune și Societății Române de Televiziune - expunerea de motive (Draft Law on the modification of Art. 40 of the Law no. 41/1994 on the organization and functioning of the Romanian Radio Broadcasting Company and of the Romanian Television Broadcasting Company – Explanatory Memorandum)

<http://www.cdep.ro/proiecte/2014/000/30/5/em35.pdf>

Eugen Cojocariu, Radio Romania International

SK: Complaint for breach of the Language Act dismissed

On 10 March 2015, the Council for Broadcasting and Retransmission of the Slovak Republic (“CBR”) dismissed a complaint against a radio programme, which presented to listeners the latest trends in the British music scene. The programme had been provided within the radio programme service of the Slovak PSB (note: the author of this article is employee of the Slovak PSB). The complaint drew attention to an interview with a British band and one regular section, both broadcast exclusively in English. The Claimant thus disputed that these passages of the programme breached the obligations under the so called Language Act.

The provisions of the Language Act apply (with minor alternations) to both TV and radio broadcasting. In principle any broadcast of a programme service must be in the official state language (at present only the Slovak language) with a few privileges for the Czech language (which officially qualifies as “understandable language”) and limited exceptions. The rather firm nature of the Language Act was on many occasions criticized by both radio and TV broadcasters, professionals in the audio-visual sector, journalists and the European Commission. The European Commission’s objections led to a joined amendment of the Language and Broadcasting Act (for more details see IRIS 2014-1).

The programme in question “Selector” is a mutual project of the PSB and the British Council in Slovakia and its aim is to present to the Slovak audience the current British musical culture. The disputed interview in English lasted 1 minute and 47 seconds and was broadcast without any interpretation into the Slovak language. The Council stated that in a formalistic interpretation of the Law, the given programme and the interview do not fall under any of the exceptions stated in the Language Act. However, the Council concluded that in the present case it is necessary to take into account the intercultural character of the programme as well as the statutory obligations of the PSB – in particular the mission to promote and spread (national and international) various cultural aspects.

The Council considered the abovementioned aspects and the short duration of the interview and declared that broadcasting of the interview did not constitute a breach of the Language Act.

The regular section broadcast exclusively in English is characterized by the producers of the show as “Language window with British Council”. This light entertainment section about a specific topic (in the present case the topic was football) is presented through a conversation of two English speaking hosts. The Council pointed out the exception for “TV and radio language courses or programmes of similar fashion”. The wording “of similar fashion” is of special relevance since it means that the exception should not cover only traditional language courses but it may also apply to various types of light-entertainment programmes aimed at specific features of foreign languages.

The Council therefore decided that the broadcasting of the “Language window” did not constitute a breach of the Language Act and thus dismissed the complaint as such.

An appeal against the CBR’s unpublished decision is not possible.

The Minutes of CBR’s meeting on 10 March 2015
<http://www.rvr.sk/sk/spravy/index.php?aktualitaId=2874>

Juraj Polak, Senior legal adviser at Radio and Television of Slovakia (PSB)

SK: The Slovak Advertising Standards Council accepts comparative advertising

On 16 April 2015 the Slovak Advertising Standards Council (SASC) ruled that TV advertisements of the company “Unilever Slovensko” that compared its products “Rexona” deodorants to the products of its main competition “Nivea” deodorants is not in contradiction with the provisions of the Code of Advertising Practise.

The advertisements presented men and women during various physically challenging activities, while emphasizing the special characteristic of the promoted product – prevention of the yellow spots which originate from usage of the deodorant on white clothing. The advertisements claimed in verbal and visual manner that “Rexona” deodorants are more effective in preventing yellow spots than its competition “Nivea” deodorants.

SASC received complaints against the abovementioned TV advertisements since they allegedly damage the reputation of the advertiser’s main competitor “Beiersdorf“, the producer of “Nivea” deodorants. During the official examination the advertiser submitted its written opinion, where he explained that the complainant misunderstood the purpose of the advertising campaign. The advertisements used comparative advertising, which – although rarely used in Slovakia – is fully in line with both the Act on advertising as well as the Code of Advertising Practise. The Advertiser also stated that the higher effectivity of his product is confirmed by an independent research study. The results were presented to SASC.

During the examination SASC explained that comparative advertising is admissible under the Code of Advertising Practise, only if it compares products with the same use or intended for the same purpose and if it objectively compares one or more concrete, specific, substantial and verifiable characteristics of the products, including their prices.

In this case SASC considered the comparison as objective since the advertiser compared products intended for the same purpose and the compared characteristic was substantial, specific and verifiable. The Comparison was supported by independent tests and the claims used in the Advertisements where verified by its results.

SASC therefore concluded that the advertisements did not disparage the competition and the comparison was made in a manner which may be considered as ethical and objective, thus in line with the provisions of the Code of Advertising Practise.

The decision of SASC from 16 April 2015

<http://www.rpr.sk/sk/nalezyl--rexona-->

Juraj Polak, Senior legal adviser at Radio and Television of Slovakia (PSB)

SK: Complaint against TV Ad on sexual nutrition product dismissed

On 24 March 2015, the Council for Broadcasting and Retransmission of the Slovak Republic (“CBR”) dismissed a complaint against a sponsorship announcement (hereinafter referred to as “credits”) which featured a nutrition product for a “stronger male erection” broadcast within the programme service of a major Slovak TV commercial broadcaster. CBR examined the credits with the existing tools for the protection of minors in media as well as with regard to the difference between sponsorship announcements and advertising.

Both versions of the credits contained females approaching men in ordinary situations (i.e. a security guard in his booth or a hockey player at an ice ring) with the words “shhh we can...right now”. Both versions ended with information about the product – with a visual “firm and fast erection” and a verbal “product to improve the erection with quick start”. CBR first examined whether the credits contained any visual or acoustic information that would entitle the broadcaster to label the credits as unsuitable for minors under 15 or 18 years of age, which would prevent such content to be aired before 8 p.m. or 10 p.m. The CBR however concluded that the credits did not fulfil any criteria for such labelling. Despite its obvious sexual undertone the credits did not contain any explicit visual or acoustic sexual content other than factual information, and even the sexual implications featured in the storyline were presented in rather light and harmless tone.

CBR also examined whether such sponsorship credits fulfilled the definition of advertising and thus qualified as a sui generis advertising spot, with the necessary implications, such as including the spot into the total time reserved for advertising in one hour and fulfilling the obligations to separate advertising from editorial content with spatial or visual-acoustic means. CBR acknowledged that the claims “firm and quick erection” and “...erection with quick start” certainly carry some promotional message. CBR however also noticed that the product in question represented the high end product of a specific line of similar products of this company, where the “quick start” feature represents the difference between a basic and a high end product. This was also confirmed by the fact that the trademark registered with regard to this product contains the claim “with quick effect”.

CBR stated that these “slightly promotional” claims also served as a feature to identify the product of the sponsor. CBR therefore declared that there was no breach of law and thus dismissed the complaint. An appeal against the CBR’s unpublished decision is not possible.

The Minutes of CBR’s meeting on 24 March 2015

<http://www.rvr.sk/sk/spravy/index.php?aktualitaId=2877>

Juraj Polak, Senior legal adviser at Radio and Television of Slovakia (PSB)

UK: Hacking in Großbritannien für Strafverfolger und GCHQ möglicherweise straflos

Eine Gesetzesänderung ermöglicht es Strafverfolgungsbehörden, einschließlich des britischen Geheimdienstes Government Communications Headquarters (GCHQ), von der Strafbarkeit des Eindringens in im Inland befindliche Computer freigestellt zu werden. Dies wurde im Rahmen eines Rechtsstreits bekannt, den die Bürgerrechtsorganisation Privacy International (PI) derzeit vor dem Investigatory Powers Tribunal (IPT) gegen das britische Außenministerium und den GCHQ führt.

Gegenstand des Streits sind die durch die Snowden-Enthüllungen bekanntgewordenen Fähigkeiten des GCHQ zum Hacken fremder Geräte. Einen Tag vor einem Anhörungstermin in diesem Verfahren informierte die britische Regierung PI darüber, dass Section 10 des Computer Misuse Act 1990 (CMA) durch Section 44 des Serious Crime Act 2015 geändert wurde. Die im Mai in Kraft getretene Änderungsbestimmung führt dazu, dass nicht nur die schon bisher genannten Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden zur Untersuchung, Durchsuchung und Beschlagnahme von der Strafbarkeit nach dem CMA ausgenommen werden, sondern auch „jede andere Verfügung oder jeder andere Rechtssatz, durch den das fragliche Verhalten genehmigt oder angefordert wird“ (Section 44 Abs. 2 lit. b und c Serious Crime Act 2015).

Medienberichten zufolge waren weite Teile der Zivilgesellschaft, einschließlich Rechtswissenschaftler, nicht über die Gesetzesänderung informiert. Auch die Gesetzesbegründung enthielt keinen Hinweis über die Bedeutung der Klausel, so dass eine parlamentarische oder öffentliche Debatte über diese Bestimmung nicht stattfand. In der Begründung ebenso wie in informellen Begleitdokumenten wurde lediglich darauf hingewiesen, dass die Änderung den Anwendungsbereich von Section 10 CMA „klarstelle“; eine Erweiterung der Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden sei damit jedoch nicht verbunden. PI und Rechtsexperten sehen in der Änderungsvorschrift dagegen eine deutliche Ausdehnung der Ermittlerbefugnisse. Sie gäben den Behörden neue Möglichkeiten zur Durchführung von Cyber-Angriffen innerhalb des Vereinigten Königreichs.

Der Serious Crime Act 2015 ist abrufbar unter:

http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2015/9/pdfs/ukpga_20150009_en.pdf

Die PM von PI v. 15.5.2015 ist abrufbar unter:

<https://www.privacyinternational.org/?q=node/584>

Rechtsanwalt Sebastian Schweda

US: Court of Appeals rules NSA program illegal

The United States Court of Appeals for the Second Circuit ruled on 7 May 2015 that the National Security Agency's program that systematically collects Americans' phone records in bulk ("Metadata Program American Civil Liberties Union" or "Program") is illegal. The court upheld the legal challenge filed by the American Civil Liberties Union, finding that the Program exceeds the scope of what Congress authorized. It remanded the case back to the lower court to determine whether a preliminary injunction should be granted.

The Court was asked to determine whether the Program was authorized by section 215 of the USA PATRIOT Act, which was passed in the wake of the terror attacks of 11 September 2001. Section 215 provides the Federal government authority to require the production of "any tangible things (including books, records, papers, documents, and other items) for an investigation to obtain foreign intelligence information not concerning a United States person or to protect against international terrorism or clandestine intelligence activities.

In order to qualify under section 215, the data requested must be relevant to an "authorized investigation." The government contended that the metadata collected is relevant even though a vast amount of the data collected does not contain directly relevant information because the records may allow the NSA to identify information that is relevant at some unknown time in the future by sifting through the data. The court rejected that argument, finding that interpretation would read the "authorized investigation" language out of the statute. Instead, it found that relevance must be determined in relation to the particular subject of an investigation. The Court found that the government failed to meet that standard because it has not attempted to identify any particular "authorized investigation" or an "on-going systematic examination of any particular suspect, incident, or group."

The Court also rejected the government's argument that Congress ratified the NSA's interpretation by reauthorizing section 215 in 2010 and 2011, explaining that congressional ratification of judicial interpretations of a statute by reauthorization cannot overcome the plain meaning of a statute and because Congress cannot reasonably be said to have ratified a program of which many members of Congress – and all members of the public – were not aware. The Court noted in its dicta that section 215 is scheduled to expire on 1 June 2015 and that Congress is currently debating whether and how to reauthorize the Program. As a result, it concluded that allowing the program to remain in place for a few weeks while Congress decides whether and under what conditions it should continue is a "lesser intrusion on appellants' privacy.

The American Civil Liberties Union, praised the ruling as a "victory for the rule of law that should spur Congress into action." The Federal government can appeal the ruling to the full appeals court, or to the Supreme Court.

The decision of the United States Court of Appeals for the Second Circuit is available at:
http://www.ca2.uscourts.gov/decisions/isysquery/764b98e5-7846-4e63-8f2e-d568aa782061/1/doc/14-42_complete_opn.pdf

Jonathan Perl, Counsel, Regulatory Affairs, Locus Telecommunications, Inc

US: Best practices for reporting cyber incidents

The U.S. Department of Justice's Cybersecurity Unit of the Criminal Division issued a "Best Practices for Victim Response and Reporting of Cyber Incidents" ("Best Practices"). The Best Practices, which was released on 29 April 2015, was issued to assist organizations in preparing a cyber-incident response plan. The guidance reflects lessons learned by federal prosecutors while handling cyber investigations and prosecutions and incorporates input from private sector companies that have managed cyber incidents.

The Best Practices recommends that companies implement specific policies before a cyber-intrusion or attack occurs, including: (1) identifying your "crown jewels;" (2) having an actionable plan in place before an intrusion occurs; (3) having appropriate technology and services in place before an intrusion occurs; (4) have appropriate authorization in place to permit network monitoring; (5) ensuring your legal counsel is familiar with technology and cyber-incidents; (6) reducing response times during an incident; (7) ensuring organization policies align with your cyber-incident response plan; (7) engaging with law enforcement before an incident; and (8) establishing relationships with cyber-information sharing organizations. It advised that these policies can help victim organizations limit damage to their computer networks, minimize work stoppages, and maximize the ability of law enforcement to locate and apprehend perpetrators.

The Best Practices also provides guidance for how a victimized company should respond to a cyber-intrusion. It advised that a company should implement a vetted, actionable cyber-incident response plan that also provides guidance on how a victim organization can continue to operate while managing an incident. It recommended that in responding to a cyber-incident an organization should at a minimum: (1) perform a "forensic image" of the affected computers identifying the cause of a cyber-incident; (2) record and collect the information; and (3) notify people within the organization, law enforcement, The Department of Homeland Security, and other potential victims.

It also clarified that there are actions an impacted company should not take following a cyber-incident, such as using the compromised system to communicate. It noted that companies should be particularly careful not to attempt to access, damage, or impair another system that may appear to be involved in the intrusion or attack because such actions are likely illegal and can result in civil and criminal liability.

The "Best Practices for Victim Response and Reporting of Cyber Incidents" is available at:
http://www.justice.gov/sites/default/files/opa/speeches/attachments/2015/04/29/criminal_division_guidance_on_best_practices_for_victim_response_and_reporting_cyber_incidents.pdf

Jonathan Perl, Counsel, Regulatory Affairs, Locus Telecommunications, Inc.

UZ: Neues E-Commerce Gesetz verabschiedet

Am 22. Mai 2015 unterzeichnete der Präsident der Republik Usbekistan ein Gesetz über den elektronischen Handel (ferner „E-Commerce Gesetz“). Der Text des E-Commerce Gesetzes wurde am nächsten Tag in der Zeitung „Xalq so‘zi“ (auf Deutsch: „Das Wort des Volkes“) veröffentlicht, was zugleich das Inkrafttreten des Gesetzes bedeutet. Der Entwurf des Gesetzes wurde vom parlamentarischen Komitee für Fragen der Informations- und Kommunikationstechnologien ausgearbeitet und am 17.04.2015 von der Legislativkammer des Parlaments (Oliy Majlis) verabschiedet. Der Senat bewilligte das Gesetz am 15.05.2015.

Bei diesem Gesetz handelt es sich um eine neue Fassung des seit 2004 geltenden E-Commerce Gesetzes (*Закон «Об электронной коммерции»*). Das frühere Gesetz vom 29.04.2015 bestand aus 14 Artikeln und wurde bisher weder geändert noch ergänzt. Das Gesetz regelte hauptsächlich den Status der Teilnehmer des elektronischen Handels und die Vertragsschließung in elektronischer Form. Die nun aus 20 Artikeln bestehende redigierte Fassung des E-Commerce Gesetzes enthält zusätzliche Normen über die Prinzipien des E-Commerce und über die Staatspolitik in diesem Bereich.

Außerdem wurde das Gesetz um eine datenschutzrechtliche Norm erweitert. So bestimmt der Artikel 18 des neuen Gesetzes die Nutzung von personenbezogenen Daten im E-Commerce folgendermaßen:

Die Nutzung von personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken als zum Zwecke des Vertrages im elektronischen Kommerz sowie deren Weitergabe an Dritte ist nicht erlaubt, soweit nichts anderes in der Vereinbarung der Parteien und (oder) in der Gesetzgebung vorgesehen ist.

Nicht zulässig ist die Nutzung von personenbezogenen Daten ohne Zustimmung der Besitzer (unter „Besitzer“ ist höchstwahrscheinlich der „Betroffene“ gemeint – S.A.) für die Verbreitung von Angeboten und (oder) Werbung, einschließlich im Wege der Massenverbreitung von elektronischen Unterlagen oder elektronischen Mitteilungen.

Die gesetzlichen Grundlagen im Bereich E-Commerce in Usbekistan bilden neben dem obengenannten Gesetz auch das Gesetz über die elektronischen Zahlungen, das Gesetz über den elektronischen Dokumentenverkehr und das Gesetz über die elektronische Signatur.

Die frühere Fassung des Gesetzes über E-Commerce von 29.04.2004 ist in russischer Sprache abrufbar unter:

http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact_id=165497

Die neue Fassung des E-Commerce Gesetzes ist in russischer Sprache abrufbar unter:

<http://narodnoeslovo.uz/index.php/rasmij/ofitsialnie-dokumenti/item/4208->

[%D0%B7%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%BD-](#)

[%D1%80%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%B](#)

[A%D0%B8-](#)

[%D1%83%D0%B7%D0%B1%D0%B5%D0%BA%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0](#)

[%D0%BD](#)

Samandar Atoev, LL.M., Doktorand der rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Impressum

„Europäisches Medienrecht – der NEWSLETTER“ ist ein Service des Instituts für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR)

Redaktion:

Institut für Europäisches Medienrecht (EMR)
Franz-Mai-Str. 6
D-66121 Saarbrücken

Telefon+49 681 99275 11

Fax +49 681 99275 12

Mail emr@emr-sb.de

Web www.emr-sb.de

Verantwortlich: Gianna Iacino, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 03. Juni 2015

Das EMR kann keine Verantwortung für den Inhalt der im Newsletter angegebenen Referenzen (Links) übernehmen.

Alle Autoren sind, soweit nicht anderweitig ausgewiesen, Mitarbeiter des Instituts.

Wir danken den Mitgliedern des *EMR Media Network* für die Zulieferung der Berichte.

Übersicht der verwendeten Länderkürzel/Kurzbezeichnungen:

AL: Albanien	AT: Österreich	AU: Australien
BA: Bosnien-Herzegowina	BE: Belgien	BG: Bulgarien
CA: Kanada	CH: Schweiz	CoE: Europarat
CY: Zypern	CZ: Tschechische Republik	DE: Deutschland
DK: Dänemark	EE: Estland	ES: Spanien
EU: Europäische Union	FI: Finnland	FR: Frankreich
GR: Griechenland	HR: Kroatien	HU: Ungarn
IE: Irland	IN: Indien	IS: Island
IT: Italien	LI: Liechtenstein	MA: Marokko
MD: Moldawien	ME: Montenegro	MK: Mazedonien
MT: Malta	NL: Niederlande	NO: Norwegen
LT: Litauen	LU: Luxemburg	LV: Lettland
PL: Polen	PT: Portugal	RO: Rumänien
RS: Serbien	RU: Russland	SE: Schweden
SI: Slowenien	SK: Slowakische Republik	TR: Türkei
UK: Vereinigtes Königreich	UN: Vereinte Nationen	US: Vereinigte Staaten
UZ: Usbekistan		